

Südwestdeutschland in der Ubergangswirtschaft.

= Frankfurt, 24. Mai.

Die Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern hielt heute Nachmittag im Bürgeraal des Römers ihre erste öffentliche Tagung ab. 32 Handelskammern aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen haben sich vor kurzem auf eine Anregung der Frankfurter Kammer zu dieser Vereinigung zusammengeschlossen. Die Wahrung der gemeinsamen Interessen des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes ist ihr Ziel; gegen die Zentralisierung und Hintanhaltung dieser Interessen, wie sie sich in der Organisation der Kriegswirtschaft herausgebildet hat und in der geplanten Regelung der Ubergangswirtschaft erneut in Erscheinung getreten ist, richtete sich die heutige Versammlung. Führende Kaufleute und Industrielle in großer Zahl, Vertreter von staatlichen und kommunalen Behörden aus ganz Südwestdeutschland, Parlamentarier und Delegierte zahlreicher wirtschaftlicher Vereinigungen und Verbände waren dem Rufe gefolgt und gaben der Kundgebung, mit der die Vereinigung zum ersten Male vor die Öffentlichkeit trat, ein überaus eindrucksvolles Gepräge.

Oberrhein. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim, der Vorsitzende der Vereinigung, und der Vizepräsident der Frankfurter Handelskammer Otto Sauer begrüßten die Versammlung mit herzlichen Worten. Kommerzienrat Engelhard wies darauf hin, daß die Anregung zur Gründung der Vereinigung von Frankfurt ausgegangen sei. Wahrung der gemeinsamen Interessen und die Spezialisierung der Arbeit seien ihr Ziel. Nur dann, so führte er aus, können die Forderungen der Handelskammern die Beachtung erlangen, die ihnen gebührt, wenn diese möglichst einheitlich und geschlossen auftreten. Das ist schon vor dem Kriege der Fall gewesen und ist es jetzt in noch viel höherem Maße. Wir wollen nicht, daß Südwestdeutschland vereinsamt stehe, wir wollen vielmehr mitarbeiten an allen großen wirtschaftlichen Fragen, wir wollen Mitarbeiter und Mitgestalter sein an der deutschen Wirtschaft der Gegenwart und der Zukunft. Südwestdeutschland muß seine Vertreter haben in allen Stellen, die dazu berufen sind, die Ubergangswirtschaft vorzubereiten und über die zukünftige Gestaltung der Friedenswirtschaft zu bestimmen. Es gilt vor allem der Konzentration in der Reichshauptstadt entgegen zu wirken und Vorschläge zu machen für eine vernünftige Dezentralisation, die nicht nur Südwestdeutschland, sondern allen Städten und Gegenden des ganzen Reiches zu Gute kommt. Die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit von Handel, Industrie und Verkehr nach Friedensschluß ist das vornehmste Ziel der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern; den Absichten, die daraus hervorgehen, die heutige Zwangswirtschaft in die Friedenszeit hinüberzunehmen, gilt ihr Kampf. (Lebhafter Beifall.)

Als erster Redner sprach sodann der Syndikus der Mannheimer Handelskammer, Dr. Klaußner, über:

Südwestdeutschland als Wirtschafts- und Kulturgebiet.

Er zeichnete ein anschauliches Bild von der Größe und Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der staatslich stark zersplitterten Südwestecke des Deutschen Reiches. Politisch und wirtschaftlich sei Südwestdeutschland bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden. Vielleicht sei dies eigene Schuld man habe sich bisher zu wenig gekümmert. Das müsse in Zukunft anders werden. Südwestdeutschland umfaßt ein Gebiet von 11 Mill. Einwohnern. Seine landwirtschaftliche und industrielle Produktion stellt ein Sechstel der Gesamtproduktion des gesamten Deutschen Reiches dar. Es steht bisher noch an einer genauen Wirtschaftsstatistik, die Klararbeiten dazu sind im Gange, und soweit bisher das Material gesichtet ist, kann man sagen, daß die wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Bedeutung Südwestdeutschlands der Größe seines Gebietes durchaus entspricht. Daß man in Berlin diese Bedeutung schon früher noch nicht erkannte, davon zeugt das Fehlen eines Vertreters der Reichsregierung in der heutigen Versammlung. Das Reichswirtschaftsamt hat es nicht der Mühe für wert gehalten, sich vertreten zu lassen. Sache der süddeutschen Abgeordneten muß es sein, im Reichstag auf diese Vernachlässigung des Südwestens nachdrücklich hinzuweisen und dagegen Protest zu erheben. Südwestdeutschland muß verlangen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Die belgische Frage, die Zukunft Elsaß-Lothringens, die Gestaltung unserer Handelsbeziehungen zur Schweiz, der Ausbau der Wasserstraßen, dürfen nicht ohne seine entscheidende Mitwirkung erfolgen. Auch an der Lösung der mitteleropäischen Frage hat der Südwest ein weitgehendes Interesse. (Beifall.)

Das Referat über die

Zentralisation der Kriegs- und Ubergangswirtschaft in Berlin, das im Vordergrund des Interesses stand, hatte sich die Handelskammer Frankfurt vorbehalten. Professor Dr. Trumpler führte dazu folgendes aus: Nicht gegen die Zentralisation überhaupt, sondern nur gegen das Uebermaß von Zentralisation und Organisation richtet sich der Kampf. Wir haben heute 165 Kriegsgesellschaften. Weinake alle haben in Berlin ihren Sitz. Nur 18 sind außerhalb der Reichshauptstadt untergebracht, davon in den Hanfsäbten 6, in Sachsen 4, in Bayern 3, in ganz Südwestdeutschland nur eine. Noch stärker ist die Zurücksetzung Südwestdeutschlands in dem aus Vertretern aller interessierten Kreise zusammengesetzten Beirat des Reichswirtschaftsamtes. Südwestdeutschland hat darin nicht einen einzigen Vertreter. Und nicht besser weggenommen ist es in dem Finanzbeirat des Reichswirtschaftsamtes, in den gleichfalls nicht ein einziger Vertreter Südwestdeutschlands berufen worden ist. Die Folgen dieser Zurücksetzung haben sich auf allen Gebieten geltend gemacht. Bei der Verteilung der Geereslieferungen ist es vor den großen Firmen bald geglückt, den Anschlag zu finden, um die kleinen und mittleren Betriebe hat sich niemand gekümmert. Sie waren gezwungen, sich ihre Aufträge aus zweiter und dritter Hand in Berlin und anderen Städten des Nordens heranzuholen, von Firmen, die man so reichlich bedacht hatte, daß sie die Aufträge nicht bewältigen konnten. Erst nachdem es nichts mehr zu verteidigen gab, ist eine Verteilungsstelle für Geereslieferungen eingerichtet worden. Bei den Ein- und Ausfuhrbewilligungen und bei der Zentralisierung des Devisenverkehrs ist man in ein Uebermaß von Organisation geraten, das zu den schwersten Stimmungen und Schädigungen von Handel und Verkehr führen mußte. Ist es wirklich nötig, daß man wegen 30 oder 50 Mark, die man ins Ausland zu zahlen hat, die Reichsbank in Berlin in Bewegung setzt? Auch die Mindestsumme bei Käufen im Ausland, für die eine besondere Einfuhrerlaubnis erforderlich ist, ist viel zu niedrig angesetzt. Ein Fabrikant in Südwestdeutschland, der einen Gegenstand von geringem Werte aus der Schweiz einführen will, muß Formulare ausfüllen im Gesamtgewicht von annähernd 2 Pfund; ein Angestellter hat 14 Tage damit zu tun, und das Ende ist, daß die Einfuhrerlaubnis nicht erteilt, und die ganzen Papiere zurückgeschickt werden. Man sollte den lokalen Organisationen, den Handelskammern, Kriegsämtern usw. mehr Spielraum und Bewegungsfreiheit lassen, denn würde den Zentralstellen mehr Zeit für wichtigere Aufgaben übrig bleiben. Die Umsätze der Kriegsgesellschaften gehen in die Milliarden, sie sind ausschließlich in Berlin zentralisiert und kommen lediglich den Berliner Banken zugute, deren Direktoren in den Vorständen der Kriegsgesellschaften sitzen. Südwestdeutschland ist so gut wie ausgeschlossen. Die Folge der Zentralisation ist, daß die südwestdeutschen Kaufleute gezwungen sind, beständig zwischen ihrem Wohnsitz und Berlin hin und her zu fahren, aber in demselben Maße, wie sich unsere Abhängigkeit von Berlin vermehrt, verschlechtern sich die Verkehrsbedingungen dort. Ganz abgesehen von der Einschränkung des Personen- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, sind namentlich die Zustände im Post- und im Telephon-Verkehr nachgerade unhaltbar geworden. Ist es da zu verwundern, wenn einzelne Firmen dazu übergehen, ihren ganzen Betrieb nach Berlin zu verlegen, oder doch wenigstens Filialen dort einzurichten? Ob diese nach dem Kriege wieder aufgelöst werden, das ist sehr die Frage. Das Rückgrat des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes ist ein leistungsstärkiger Handel. Diesen Handel haben jetzt die Kriegsgesellschaften an sich gezogen. Man spricht nur immer von den gewollten Gewinnern der Kriegswirtschaft, nicht aber von den Verlierern, die durch den Krieg vollständig ausgeschaltet und lahmgelegt worden sind und gerade von diesen Industrien haben wir in Südwestdeutschland eine große Anzahl. Ein wirtschaftliches Reichentum von ungeheurer Ausdehnung zeigt sich hier unseren Blicken. Neben der wirtschaftlichen droht uns

die kulturelle Verarmung.

Wir haben hier den Osthafen mit einem Aufwand von 72 Millionen gebaut, wir haben die Universität errichtet. Wie sollen diese Einrichtungen, in der Zukunft gedeihen, wenn die Quellen unseres Wohlstandes verhärtet werden? Was uns treibt, ist die Sorge für die Zukunft, die Sorge um die zukünftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Was auf diesem Gebiete bisher getan wurde, kann uns nicht froh stimmen. Wenn uns die Ubergangswirtschaft nicht herausführt aus dem

Zustand der Gebundenheit, wenn sie die zwangsläufige Einrichtung der Kriegsorganisationen beibehält, dann wird es keine Ubergangswirtschaft, sondern eine Untergangswirtschaft werden. Mehr Rücksicht auf unsere Interessen und unsere Bedürfnisse ist es, was wir von Berlin verlangen. Es wäre gut, wenn die vorzutragenden Räte in den Reichsämtern öfters einmal zu uns kämen, um sich über unsere Wünsche und die Verhältnisse bei uns an Ort und Stelle zu informieren. Wir wollen nicht registriert werden von Behörden, die über den Wolfen thronen, sondern wir wollen verhandeln mit Menschen von Fleisch und Blut. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Es ist mehr wie bei fremden, daß das Reichswirtschaftsamt es nicht für nötig gehalten hat, sich bei unserer heutigen Versammlung vertreten zu lassen. Wir sind nicht gezwungen, solche Zustände als göttgewollte Abhängigkeit von Berlin ruhig hinzunehmen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Die freundliche Mitarbeit aller Stände und Berufe, aber auch aller Stämme und Gegenden des Deutschen Reiches kann allein auch in Zukunft die Größe unseres Vaterlandes verbürgen. Diese Erkenntnis, von der wir hier alle durchdrungen sind, muß auch im Norden des Reiches zur Geltung gebracht werden. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Nach längerer Diskussion, in der u. a. Oberbürgermeister Voigt darauf hinwies, daß die Städte, die unter den gleichen Räten der Zentralisation litten, wie Handel und Gewerbe, an dem Gedeihen von Handel und Industrie das größte Interesse hätten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die fast lückenlose Zentralisierung der Kriegswirtschaft in Berlin hat dem südwestdeutschen Wirtschaftsgebiet schwere Nachteile gebracht. Die Kriegsgesellschaften haben den für Südwestdeutschland außerordentlich bedeutungsvollen, leistungsstarken und kapitalstarken Handel aufgelassen, während wichtige Zweige seiner Industrie teils still liegen, teils ertraglos geworden sind. Die fortwährend notwendige Reize nach Berlin bei gleichzeitiger Verteuerung und Verschlechterung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs legen jedem einzelnen Betrieb große Opfer auf. Um die gemeinsame Gefahr für den Wiederaufbau und die spätere Entwicklung des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes abzuwehren, richtet die Vereinigung an die gesetzgebenden Faktoren die dringende Aufforderung, mit der bisherigen zentralistischen Kriegswirtschaft zu brechen, die Ubergangswirtschaft auf der Grundlage der zusammengehörigen Wirtschaftsgebiete aufzubauen und im übrigen bei allen zentralen Organisationen Südwestdeutschland die ihm gebührende Vertretung zu gewähren.

Syndikus Schlang von der Handelskammer Freiburg sprach sodann über

Freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft?

In längeren Ausführungen setzte er sich mit den bekannten Veröffentlichungen Walter Rathenaus auseinander, dessen Forderungen er reiflos ablehnte. Was bisher über die geplante Organisation der Ubergangswirtschaft bekannt geworden sei, deute darauf hin, daß man an die Stelle des Privatbetriebes den halbstaatlichen, behördlichen regulierten Betrieb setzen wolle; demgegenüber müßten Handel und Industrie nachdrücklich für die Wahrung des eigenen persönlichen Willens und der eigenen Entscheidungsmacht des Privatunternehmers eintreten. Das Ethos allein könne nicht Maschinen in Bewegung setzen und aus einem Pfund Baumwolle zwei machen. Die Verordnungsstätigkeit habe sich der Wirtschaft, nicht diese der Verordnungsstätigkeit anzupassen. Die Erfahrungen, die man mit den bestehenden Formen der Zwangswirtschaft gemacht habe, sollten vor ihrer Verallgemeinerung und ihrer Vereinnahmung bewahren. Nicht der Beamtengeist, sondern der freie Geist des deutschen Kaufmanns sei berufen, in Zukunft zu herrschen. Erste Aufgabe der Ubergangswirtschaft müsse es sein, unsere Wirtschaft herauszuführen aus dem Zustand der Gebundenheit, die ihr der Krieg aufgezwungen habe. (Beifall.)

Das Thema

„Ubergangswirtschaft und Industrie“

behandelte Herr Zander-Strasbourg. An der Spitze aller Forderungen der Ubergangswirtschaft, so führte er aus, muß die Arbeiterfrage stehen. Wollen wir den unbedingt nötigen Abbau der Löhne nicht zu einem Kampf auf Leben und Tod zwischen Arbeiter und Unternehmer werden lassen, so muß in erster Linie für eine baldige Senkung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel gesorgt werden. Lassen wir es zu, daß durch die unerträgliche Höhe der Preise aller landwirtschaftlichen Produkte die Grundrente weiter ins Ungeheure steigt, so erschwert sich die Industrie damit die eigene Kapitalbeschaffung nach dem Kriege. Während die übrigen europäischen Länder nach dem Kriegsende mit dem allmählichen Sinken der Weltmarktpreise damit rechnen können, langsam wieder auf ein erträgliches Preisniveau zu kommen, werden wir in Deutschland dauernd die Zinsenlast einer um Milliarden gestiegenen Hypothekenschuld zu tragen haben. Die Rückwirkung solcher Zustände auf die Wohnungsverhältnisse liegt auf der Hand. Südwestdeutschland, das in erster Linie Qualitätsindustrie habe, muß in Zukunft mehr noch als bisher auf die Schaffung eines festen Stammes von Qualitätsarbeitern bedacht sein. Das kann nur geschehen durch geistige Hebung des Arbeiters. Die Klagen gegen die Arbeiter werden auch nach dem Kriege bleiben. Aber der Geist von 1914 darf nicht spurlos aus dem Verhältnis des deutschen Arbeiters zur Gesamtheit und zum Wirtschaftsleben verschwinden. Ueber die Rohstoffbeschaffung brauchen wir uns keine übermäßigen Sorgen zu machen. Die Gefahr liegt weniger in dem uns von den Gegnern angedrohten Wirtschaftskrieg, als vielmehr in der Knappheit der Rohstoffe überhaupt, in der Schwierigkeit ihrer Verachtung und Sekundärschaffung. Wenn schon irgend etwas von dem Staatssozialismus, mit dem der Krieg uns bedacht hat, übrig bleiben soll, so erscheint der Schutz der verarbeitenden Industrie gegen die Machtvollheit und die Uebergriffe der Schwerindustrie das einzige geeignete Gebiet für staatliche Betätigung. Vor einer Zentralisierung der Rohstoffbeschaffung durch den Staat kann nicht genug gewarnt werden. Durch die gewaltige Materialverschlebung aus den Friedens- in die Kriegsbetriebe hat namentlich

Elsaß-Lothringen

aufs schwerste gelitten. Die Rückgabe der beschlagnahmten Einrichtungen, Maschinen, Treibmitteln usw. an die betroffenen Industrien muß nach Friedensschluß unverzüglich in die Wege geleitet werden. Wenn im übrigen Deutschland die Kamme rauchen, so soll man nicht vergessen, daß es in erster Linie Elsaß-Lothringen ist, das die wirtschaftlichen Opfer dafür trägt. Kein Gesetz sichert bisher den Ersatz der ungeheuren Kriegsschäden, die es erlitten hat. Ehrenpflicht des Reiches muß es sein, dafür zu sorgen, daß Elsaß-Lothringen wenigstens materiell wieder in den Stand einsetzt werde, den es vor dem Kriege eingenommen hat. Im Anschluß an diese Forderung begründete der Redner die folgende Resolution:

Die Tagung drückt dem unter der unmittelbaren Wirkung des Krieges schwer leidenden Elsaß-Lothringen ihr Mitgefühl aus und hält es im gesamten deutschen Interesse für erforderlich, Elsaß-Lothringen so schnell als möglich wieder in die ihm zukommende Stellung innerhalb des deutschen Wirtschaftslebens einzufügen. Die hierfür erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen, besonders hinsichtlich der Haftung für den Kriegsschaden, sind seitens des Reiches mit größter Beschleunigung durchzuführen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Als letzter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Reinald über Ubergangswirtschaft in Groß- und Kleinhandel.

Los von der Gemeinwirtschaft, so führte er aus, ist heute die Parole, und der Protest gegen die Kriegsorganisationen, die zu einer Zentralisation des gesamten Wirtschaftslebens in Berlin geführt haben, ist heute im ganzen Reich allgemein. Wenn diese Bewegung jetzt allerorten mit so großer Kraft eingesetzt hat, so ist in erster Linie daran das Bekannterwerden der vorbereitenden Maßnahmen für die Ubergangswirtschaft schuld. Es ist ein jähes Erwachen gewesen aus dem Traum, daß nach dem Kriege aller Zwang aufhören und die freie Betätigung wieder anheben werde. Der Reichstag denkt nicht daran, sich von der Regierung bei der Regelung der Ubergangswirtschaft anschießen zu lassen. Er wird der Regierung ein neues Erwählungsgebot nur dann bewilligen, wenn darin nicht nur die Mitwirkung des Reichstags, sondern auch die Einwirkung der interessierten Kreise im weitesten Umfang gesichert ist. Ein Sehnen geht durch alle Kreise nach Befreiung von den Fesseln der Kriegswirtschaft. In Südwestdeutschland, wo vor allem neben der Veredelungsindustrie der Handel dominiert, würde dessen Wiedereinführung die sofortige Verteilung aus der bisherigen Abhängigkeit vom Norden bedeuten. Denn der Handel läßt von selbst eine dezentralisierende Wirkung aus. Ganz unmöglich ist eine Zentralisierung des Einkaufs ins Ausland. Nur der freie Handel kann uns hier die Stellung wieder erobern, die wir vor dem Kriege innegehabt haben. Auch der Verkehr mit Halbfabrikaten, der während des Krieges auf den direkten Verkehr zwischen Produzenten und Verbrauchern beschränkt war, muß dem Handel wieder überlassen werden. Fallen müssen die Bestimmungen über den Kettenhandel und die Preisbeschränkung; es muß wieder ein Recht geben, eine Festigung und Sicherung der rechtlichen Garantien für den Kaufmann und Gewerbetreibenden. Denn heute ist der Kaufmann rechtlos geworden, er ist jeden Augenblick in Gefahr, mit dem Geiz in Konflikt zu kommen. Die Kraft des deutschen Wirtschaftslebens lag von jeher in seinem Reichtum an bedeutenden Einzelpersonlichkeiten. Diese Kraft müssen wir uns auch nach dem Kriege

erhalten. Und das kann nur geschehen durch die möglichst rasche Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Die folgende Resolution wurde gleichfalls einstimmig angenommen:

Die von der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern vertretenen Industrie- und Handelskreise erblicken in der während des Krieges durchgeführten Zwangswirtschaft und in einer Fortdauer derartiger Maßnahmen in die Friedenszeit eine Gefahr von den bewährten Grundlagen unserer Volkswirtschaft und eine ernste Gefährdung unserer nationalen und wirtschaftlichen Zukunft. Die Vereinigung vertritt die Ueberzeugung, daß unbeschadet einzelner, durch besondere Verhältnisse gewisser Erwerbszweige gebotenen Bindungen Industrie und Handel nur in freier Wirtschaft der so dringend erforderlichen Wiedergewinnung entgegengeführt werden können.

Mit Worten des Dankes an die Frankfurter Handelskammer, an die Vertreter staatlicher und kommunaler Behörden und der wirtschaftlichen Verbände schloß der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Engelhard die Versammlung.